

Weniger illegal Aufhältige

Die Zahl der Aufgriffe von irregulären Migranten in Österreich ist 2019 zurückgegangen. Gestiegen ist die Zahl der festgenommenen Schlepper: 2019 waren es um 8,5 Prozent mehr als 2018.

Illegal eingeschleuste Migrantinnen und Migranten sowie Zwangsarbeit, Bettel, sexuelle Ausbeutung oder unter Zwang begangene Straftaten: Menschenhandel und Schlepperei werden auf vielerlei Art begangen. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird Menschenhandel oftmals synonym für Schlepperei gebraucht, jedoch bestehen wesentliche Unterschiede. Schlepperei ist immer durch einen Grenzübertritt gekennzeichnet, Menschenhandel kann auch innerhalb der Landesgrenzen stattfinden und konzentriert sich auf die Ausbeutung einer Person in Verbindung mit Zwang, vergleichbar mit Sklaverei. Bei der Schlepperei steht die Unterstützung bei der illegalen Einreise in ein Zielland im Vordergrund.

Rückgang der illegalen Migration.

Laut dem Schleppereibericht wurden 2019 19.274 Personen aufgegriffen. Im Vergleich mit 2018 bedeutet das einen Rückgang von neun Prozent (2018: 21.236). Ein Anstieg wurde bei der Zahl der Schlepper verzeichnet: 2019 nahm die Polizei 242 Personen fest, ein Plus von 8,5 Prozent (2018: 223). Die Zahl der geschleppten Personen nahm 2019 um 13 Prozent auf 2.469 ab (2018: 2.843). 16.554 Personen wurden registriert, die entweder illegal eingereist oder aufhältig waren. 2018 belief sich die Zahl auf 18.170 Menschen, eine Abnahme von 8,8 Prozent.

Maßnahmen. Das *Joint Operational Office (JOO)* im Bundeskriminalamt (BK) stellt eine zentrale Drehscheibe in der Bekämpfung der internationalen Schlepperkriminalität mit dem Schwerpunkt auf Balkanrouten dar. In seiner Tätigkeit als verlängerter Arm von Europol werden hier sowohl nationale als auch internationale Ermittlungsverfahren koordiniert und unterschiedliche Informationen zu Schlepperei und illegaler Migration zusammengeführt, um diese an die Stakeholder weiterzuleiten.



Die Polizei griff 2019 in Österreich weniger illegal aufhältige Personen auf als 2018.



„Joint Operational Office“ im Bundeskriminalamt: Drehscheibe in der Bekämpfung der Schlepperkriminalität.

2018 wurde im Rahmen der *European Multidisciplinary Platform Against Criminal Threats (EMPACT)* die Taskforce „Westernbalkan“ gegründet. Damit wurde ein großer Schritt zur Weiterentwicklung in der gemeinsamen Bekämpfung der Schlepperkriminalität gesetzt, da die Zusammenarbeit zwischen den Partnern verbessert wurde. Internationale Aktionstage und operative Maßnahmen verdeutlichen den Erfolg.

Menschenhandel und grenzüberschreitender Prostitutionshandel. Menschenhandel ist die Sklaverei des 21. Jahrhunderts. Laut Schätzungen der internationalen Arbeitsorganisation *International Labour Organization (ILO)* befinden sich rund 21 Millionen Menschen in Zwangsarbeit. Der jährliche Profit wird auf mindestens 150 Milliarden US-Dollar geschätzt. 2019 wurden in Österreich 62 Tatverdächtige nach § 104 a StGB Menschenhandel (2017:

66) und 43 Tatverdächtige nach § 217 StGB Grenzüberschreitender Prostitutionshandel (2017: 75) ermittelt. Darüber hinaus wurden 66 Opfer von Menschenhandel (2017: 61) und 53 nach grenzüberschreitender Prostitution (2017: 60) erkannt. Die meisten Opfer kommen aus Rumänien, Ungarn und Bulgarien. Bei den Drittstaatsangehörigen ist erstmals Venezuela das Hauptherkunftsland, gefolgt von Nigeria und Serbien. 14 Minderjährige (zwölf Mädchen und zwei Buben) wurden als Opfer von Menschenhandel registriert.

Joint Action Days. Auch 2019 fanden die europaweiten und von 20 Mitgliedsstaaten getragenen „Joint Action Days“ (JAD) statt. Österreich beteiligte sich an fünf Projekten, die sich einerseits mit der Bekämpfung des nigerianischen und chinesischen Menschenhandels in der EU und andererseits des Menschenhandels und der Ausbeutung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Deutschland und Europa verschrieben haben. Darüber hinaus wurde ein Partnerschaftsprojekt mit Serbien sowie das Projekt „Westeros“, finanziert vom *Fond für die innere Sicherheit (IFS)*, mit dem Schwerpunkt auf Finanzermittlungen gestartet.

Hotline im Bundeskriminalamt. Im Bundeskriminalamt ist eine Meldestelle zur Bekämpfung des Menschenhandels eingerichtet. Bürgerinnen und Bürger können auch anonymisiert Hinweise zu Menschenhandel per Telefon unter +43 677/ 613 434 34 oder per E-Mail unter menschenhandel@bmi.gv.at melden. 2019 wurden rund 600 Hinweise gemeldet.

Der Jahresbericht „Schlepperei und Menschenhandel 2019“ ist downloadbar unter www.bundeskriminalamt.at, unter Grafiken & Statistiken/Lageberichte. *Romana Tofan*